

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Kommunales

zu:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ausbildungsduldung integrations- und wirtschaftsfreundlich ausgestalten - Drucksache 6/10670 vom 26.02.2019

Berichterstatterin:

Abgeordnete Klara Geywitz (SPD-Fraktion)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Antrag ablehnen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Ausbildungsduldung integrations- und wirtschaftsfreundlich ausgestalten“ (Drucksache 6/10670) in seiner 74. Sitzung am 14. März 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Inneres und Kommunales und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

Mit dem Antrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, Vorgaben für die kommunalen Ausländerbehörden zu erlassen, um eine landeseinheitliche und integrations- und wirtschaftsfreundlich Auslegung des Aufenthaltsgesetzes bei der Erteilung einer sogenannten Ausbildungsduldung sicherzustellen. Nach § 60a Absatz 2 Satz 4 des Aufenthaltsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1147) geändert worden ist, ist eine Duldung zu erteilen ist, wenn ein junger geflüchteter Mensch insbesondere eine qualifizierte Berufsausbildung aufnimmt oder aufgenommen hat.

B. Beratung

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales beschloss in seiner 56. Sitzung am 4. April 2019, eine Anhörung zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchzuführen.

Die Anhörung fand in der 58. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 9. Mai 2019 statt. An ihr nahmen Vertreterinnen und Vertreter des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, des Landkreistages Brandenburg, des Flüchtlingsrates Brandenburg, der Handwerkskammer Ostbrandenburg und der Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg teil. Außerdem hörte der Ausschuss in dieser Sitzung eine Vertreterin der Flüchtlingsberatungsstelle des evangelischen Kirchenkreises Oberes Havelland sowie den zuständigen Dezernenten des Landkreises Dahme-Spreewald an.

Der Antrag wurde in der Anhörung unterschiedlich beurteilt. Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg sowie der Landkreistag Brandenburg empfahlen, den Antrag vorerst nicht weiterzuverfolgen. Zur Begründung verwiesen sie auf geplante Änderungen des Aufenthaltsgesetzes, von denen aller Wahrscheinlichkeit nach auch § 60a Absatz 2 Satz 4 betroffen sein werde. Trete die beabsichtigte Neuregelung in Kraft, müssten gegebenenfalls alle Regelungen erneut geändert und die Anwendungshinweise erneut angepasst werden. Die beiden kommunalen Spitzenverbände wiesen zudem darauf hin, dass es bei der Erteilung einer Ausbildungsduldung um eine gebundene Entscheidung gehe. Wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt seien, müsse eine Ausbildungsduldung erteilt werden. Wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt seien, könne keine Duldung erteilt werden. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN suggeriere ein Ermessen, das tatsächlich nicht bestehe.

Die Vertreterinnen des Flüchtlingsrates Brandenburg und der Flüchtlingsberatungsstelle des evangelischen Kirchenkreises Oberes Havelland begrüßten den Antrag. Die vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen seien gebotene Schritte hin zu einer praxistauglichen Umsetzung der Ausbildungsduldung in Brandenburg. Es gebe in Brandenburg eine uneinheitliche und restriktive Umsetzungspraxis. Im Vergleich mit anderen Bundesländern werde deutlich, dass Brandenburg Möglichkeiten, die die Ausbildungsduldung biete, bisher nicht nutze. Auf Bundesgesetze zu warten, sei nicht zielführend, da das nächste Ausbildungsjahr im August beginne.

Der zuständige Dezernent des Landkreises Dahme-Spreewald hielt die Zielstellung des Antrages für richtig, die Umsetzung der einzelnen Forderungen aus dem Antrag aber für verzichtbar. Auf der Basis der vorhandenen Gesetze und Weisungen lasse sich die Ausbildungsduldung anwenden und Flüchtlinge, die ansonsten im Duldungsstatus zum Nichtstun verurteilt seien, einer rechtssicheren Ausbildung zuführen. Die Ausländerbehörden, die eine große Verantwortung trügen, müssten Einzelfallentscheidungen vor Ort treffen. Eine Verallgemeinerung sei schwierig.

Der Präsident der Handwerkskammer Ostbrandenburg betonte, dass die Handwerkskammer sehr gut mit den fünf Ausländerbehörden des Kammerbezirkes zusammenarbeite. Bei entsprechender Ausbildungsreife würden dadurch die Einstiegsqualifizierung beziehungsweise der Ausbildungsbeginn deutlich erleichtert.

Der Vertreter der Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg stimmte der Einschätzung, dass die Ausländerbehörden in Ostbrandenburg im Interesse der Jugendlichen und auch der Ausbildungsbetriebe agierten, ausdrücklich zu. Er berichtete jedoch auch von Problemen aus anderen Regionen Brandenburgs, in denen die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zur Ausbildungsduldung punktuell nicht funktioniere. Die Industrie- und Handelskammer befürworte vor diesem Hintergrund den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, um Rechtssicherheit und Transparenz herzustellen.

Zu der abschließenden Beratung des Antrages in der 59. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 6. Juni 2019 lag die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie vor (Anlage). Die Stellungnahme enthält einen mehrheitlich verabschiedeten Beschlusstext, der auf einem entsprechenden Vorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE beruht.

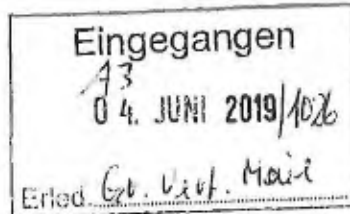
Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwies auf die im mitberatenden Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie beschlossene Stellungnahme, in der viele wichtige Punkte aufgegriffen worden seien. Sie bedauerte, dass im federführenden Ausschuss für Inneres und Kommunales wohl keine entsprechende Beschlussempfehlung verabschiedet werde.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE hoben hervor, dass der Antrag und die durchgeführte Anhörung Handlungsbedarf deutlich gemacht hätten. Sie kündigten einen Entschließungsantrag zur Plenarberatung an, der viele Ansätze des Antrages aufgreifen und teilweise noch konkreter fassen werde.

Im Ergebnis der Beratung stimmte der Ausschuss für Inneres und Kommunales gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Abgeordneten Iris Schülzke (fraktionslos) mehrheitlich dafür, dem Landtag die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 6/10670 zu empfehlen.

Anlage

Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie



Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Ausschuss für Arbeit,
Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie

Vorsitzende
des Ausschusses für Inneres und Kommunales
Frau Klara Geywitz

Die Vorsitzende

im Hause

Datum: 4. Juni 2019

Ausbildungsduldung integrations- und wirtschaftsfreundlich ausgestalten, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/10670

Sehr geehrte Frau Kollegin,

der Landtag hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 14. März 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Inneres und Kommunales und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie überwiesen.

Daraufhin beriet der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie den Antrag in seiner 44. Sitzung am 27. März 2019. Hierbei ging es um die Verständigung über das weitere Verfahren im mitberatenden Ausschuss. Am 9. Mai 2019 führte Ihr federführender Ausschuss unter Beteiligung des mitberatenden Ausschusses eine Anhörung zu dem Beratungsgegenstand durch. Der federführende Ausschuss berücksichtigte dabei auch die Benennungen von Anzuhörenden aus dem mitberatenden Ausschuss. Ich möchte mich auf diesem Weg hierfür bedanken. Im Nachgang dieser Anhörung befasste sich der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie abschließend in seiner 47. Sitzung am 29. Mai 2019 mit dem Beratungsgegenstand.

Zur abschließenden Beratung lag dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie als Tischvorlage ein gemeinsamer Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vom 29. Mai 2019 für eine Stellungnahme (Anlage) vor.

Die Koalitionsfraktionen führten zu ihrem gemeinsamen Beschlussvorschlag (Anlage) aus, dass der Ermessensspielraum bestmöglich genutzt werden sollte. Der Knackpunkt sei die Identitätsfeststellung gewesen, die oft schwierig sei. Denen, die sich engagiert einbrächten, ihre Identität festzustellen, sollte niemand Steine in den Weg legen. Das solle mit dem gemeinsamen Beschlussvorschlag (Anlage) zum Ausdruck gebracht werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte den gemeinsamen Beschlussvorschlag (Anlage). In diesem sehe sie die Intention des Antrags ihrer Fraktion (Drucksache 6/10670) vollumfänglich entsprochen. Alle in der Anhörung genannten Dinge seien aufgenommen. Die Fraktion werde dem gemeinsamen Beschlussvorschlag (Anlage) zustimmen.



Die CDU-Fraktion lehnte diesen mit der Begründung ab, dass der Antrag generell aufgrund der anstehenden Gesetzesänderung auf Bundesebene zu früh gestellt worden sei. Erst nach der Novellierung der Gesetze im Bund sollte man sich den Sachverhalt anschauen und überlegen, ob man das Landesrecht notfalls schärfen sollte, um zu einer klaren Formulierung zu kommen. Dem gemeinsamen Beschlussvorschlag (Anlage) werde die Fraktion nicht zustimmen.

Der gemeinsame Beschlussvorschlag (Anlage) wurde am Ende der Diskussion mehrheitlich bei sieben Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Stimmenthaltung (7 : 1 : 0) bei Abwesenheit der AfD-Fraktion angenommen. Im Ergebnis dieser Annahme spricht sich der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie dafür aus, folgende Stellungnahme Ihrem Ausschuss zu übermitteln:

In Auswertung der Anhörung des Ausschusses für Inneres und Kommunales (AIK) vom 9. Mai 2019 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Ausbildungsduldung integrations- und wirtschaftsfreundlich ausgestalten“ (Drucksache 6/10670), zu dem der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (AASGFF) mitberatend ist, bewertet der AASGFF die im AIK stattgefundene Diskussion der Gesamthematik als sehr wichtig.

Zudem hat die Anhörung deutlich gemacht, dass sich aus der vorhandenen sogenannten „3+2 Regelung“ ein Ermessensspielraum ergibt. Dieser sollte durch die Kommunen integrationsfreundlich interpretiert werden, um den geflüchteten Menschen die Aufnahme einer Ausbildung zu ermöglichen. Dadurch wird auch dem Bedarf vieler Brandenburger Ausbildungsbetriebe nach Auszubildenden entsprochen. Die im Antrag genannten Änderungsvorschläge bezüglich einer Weisung zu einer Duldungserteilung nach § 60a Aufenthaltsgesetz gehen in die richtige Richtung. Weiterhin sollte die Stellungnahme des potentiellen Ausbildungsbetriebes mit entsprechender Priorität in den Abwägungsprozess zur Duldungserteilung mit einfließen.

Im Hinblick auf die sich ankündigenden neuen Regelungen des Aufenthaltsgesetzes auf Bundesebene soll den potentiellen Auszubildenden und deren Betrieben frühzeitig Planungssicherheit ermöglicht werden. Daher soll in Anlehnung an die in § 60c des Aufenthaltsgesetzes neu geplante Regelung einem grundsätzlich ausreisepflichtigen Ausländer und seinem Ehegatten oder seinem Lebenspartner in der Regel eine Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 erteilt werden, wenn ihre Identitäten geklärt sind, bzw. wenn sie alle erforderlichen und zumutbaren Maßnahmen zur Identitätsklärung ergriffen haben, insbesondere durch Vorsprache bzw. ausreichende Mitwirkung an der Vorsprache bei den jeweiligen Vertretungen oder ermächtigten Bediensteten.

Darüber hinaus soll in geeigneter Weise darauf hingewirkt werden, dass die Jugendämter in die Entscheidung (z. B. bei der Klärung der Identität) über unbegleitete minderjährige Geflüchtete angemessen beteiligt werden.

Die Landesregierung soll in geeigneter Weise die Kommunen (Ausländerbehörden) darüber in Kenntnis setzen.

Den Mitgliedern des AASGFF ist in diesem Zusammenhang vor allem wichtig, dass eine



einheitliche und praktikable Verfahrensweise der Ausländerbehörden zeitnah sichergestellt wird, um die Interessen der Menschen und der Ausbildungsbetriebe zu wahren.

Der AASGFF bittet den AIK, die oben genannten Punkte bei der Beschlussfassung entsprechend in Betracht zu ziehen.

Mit freundlichen Grüßen


Sylvia Lehmann

Anlage

Gemeinsamer Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vom 29. Mai 2019



Antrag
der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKEN

für die Sitzung des Ausschusses Arbeit,
Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
am 29.05.2019

zum TOP 6 **Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Ausbildungsduldung integrations- und wirtschaftsfreundlich ausgestalten“ (Drucksache: 6/10670)**

In Auswertung der Anhörung des Ausschusses für Inneres und Kommunales (AIK) vom 9. Mai 2019 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Ausbildungsduldung integrations- und wirtschaftsfreundlich ausgestalten“ (Drucksache: 6/10670), zu dem der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (AASGFF) mitberatend ist, bewertet der AASGFF die im AIK stattgefundenene Diskussion der Gesamthematik als sehr wichtig.

Zudem hat die Anhörung deutlich gemacht, dass sich aus der vorhandenen sogenannten „3+2 Regelung“ ein Ermessensspielraum ergibt. Dieser sollte durch die Kommunen integrationsfreundlich interpretiert werden, um den geflüchteten Menschen die Aufnahme einer Ausbildung zu ermöglichen. Dadurch wird auch dem Bedarf vieler Brandenburger Ausbildungsbetriebe nach Auszubildenden entsprochen. Die im Antrag genannten Änderungsvorschläge bezüglich einer Weisung zu einer Duldungserteilung nach § 60a Aufenthaltsgesetz gehen in die richtige Richtung. Weiterhin sollte die Stellungnahme des potentiellen Ausbildungsbetriebes mit entsprechender Priorität in den Abwägungsprozess zur Duldungserteilung mit einfließen.

Im Hinblick auf die sich ankündigenden neuen Regelungen des Aufenthaltsgesetzes auf Bundesebene soll den potentiellen Auszubildenden und deren Betrieben frühzeitig Planungssicherheit ermöglicht werden. Daher soll in Anlehnung an die in § 60c des Aufenthaltsgesetzes neu geplante Regelung einem grundsätzlich ausreisepflichtigen Ausländer und seinem Ehegatten oder seinem Lebenspartner in der Regel eine Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 erteilt werden, wenn ihre Identitäten geklärt sind, bzw. wenn sie alle erforderlichen und zumutbaren Maßnahmen zur Identitätsklärung ergriffen haben, insbesondere durch Vorsprache bzw.

ausreichende Mitwirkung an der Vorsprache bei den jeweiligen Vertretungen oder ermächtigten Bediensteten.

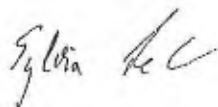
Darüber hinaus soll in geeigneter Weise darauf hingewirkt werden, dass die Jugendämter in die Entscheidung (z.B. bei der Klärung der Identität) über unbegleitete minderjährige Geflüchtete angemessen beteiligt werden.

Die Landesregierung soll in geeigneter Weise die Kommunen (Ausländerbehörden) darüber in Kenntnis setzen.

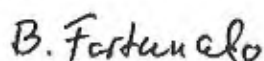
Den Mitgliedern des AASGFF ist in diesem Zusammenhang vor allem wichtig, dass eine einheitliche und praktikable Verfahrensweise der Ausländerbehörden zeitnah sichergestellt wird, um die Interessen der Menschen und der Ausbildungsbetriebe zu wahren.

Der AASGFF bittet den AIK, die oben genannten Punkte bei der Beschlussfassung entsprechend in Betracht zu ziehen.

Potsdam, 29.05.2019



Sylvia Lehmann
für die SPD-Fraktion



Bettina Fortunato
für die Fraktion DIE LINKE